



# Reden

15.05.2018

**Thema: Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung der Verfassung des Freistaates Bayern**

**Florian Streibl (FW):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Das Amt des Ministerpräsidenten ist auf zehn Jahre zu begrenzen. – Auf den ersten Blick klingt das ganz interessant, hat sogar auch was; denn zum einen würde es dem Schutz des Amtes vor dem Inhaber dienen – bei manchen Inhabern ist das vielleicht auch bitter notwendig –, zum anderen würde es auch dem Schutz des Inhabers vor dem Amt dienen. Von daher ist das ein interessanter Gedanke. Aber Demokratie ist Herrschaft auf Zeit – das haben Sie so schön gesagt. Wann die Zeit abgelaufen ist, wann er wen wo haben möchte, soll doch bitte schön der Wähler, der Bürger entscheiden. Diese Souveränität sollte der Souverän in unserem Land haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir sind hier in Bayern; Bayern ist ein besonderer Freistaat. Mit wem vergleichen Sie sich hier? Eine Amtszeitbegrenzung gibt es in der Bundesrepublik Deutschland beim Bundespräsidenten, beim Präsidenten der Vereinigten Staaten – gut, mit ihm kann sich vielleicht der jetzige Ministerpräsident auch manchmal vergleichen –

(Lachen des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD) – Markus Rinderspacher (SPD): Ich habe es verstanden, Herr Streibl!)

und beim französischen Präsidenten. Diese Präsidialsysteme sind ganz anders aufgebaut als unsere politischen Systeme. Kein einziger Ministerpräsident in der Bundesrepublik Deutschland hat eine Amtszeitbegrenzung. Insofern fällt man hier völlig aus dem System. Es ist eher Anzeichen einer gewissen Hybris der Staatsregierung, wenn sie meint, sich hier auf die Ebene des US-Präsidenten oder des Präsidenten von Frankreich stellen zu sollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Oder ist es nur die nackte Angst des jetzigen Amtsinhabers, er könnte so enden wie alle seine Vorgänger, nämlich in einem blutigen Abnabelungsprozess der Fraktion vom Ministerpräsidenten, und der Versuch, diesem Prozess zu entgehen?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Das ist jetzt Quatsch!)

Zudem wäre er, wenn die Amtszeit begrenzt wäre, in der zweiten Amtsperiode eine *Lame Duck*, weil er nicht mehr so handeln könnte, wie er möchte. Er müsste vielmehr dauernd nach einem Nachfolger suchen. Also, von insofern sind wir hier sehr – –

(Zurufe von der CSU: Was denn nun?)



**BAYERISCHER LANDTAG  
ABGEORDNETER  
Florian Streibl**

Wir sind sehr skeptisch und werden diesem Ansinnen auch nicht nähertreten. Sie haben schon gesehen: Dann kämen die ersten Weiterungen. Wie ist es bei anderen Mandatsträgern? Wie ist es bei Bürgermeistern und Landräten?

(Alexander König (CSU): Warten Sie nur! Die kommen schon auch noch drauf!)

– Na ja. Liebe CSU, man könnte auch sagen: Vielleicht denken Sie jetzt schon daran, wie Sie Herrn Söder in zehn Jahren loswerden. Da Sie ein solches Gesetz unterstützen, ist Ihnen in dieser Angelegenheit wohl auch etwas bang. Von daher spüre ich ein gewisses Misstrauen von Ihrer Seite.

(Alexander König (CSU): Es war seine Idee, Kol-lege Streibl!)

Man muss auch fragen: Welchen Stellenwert misst der Ministerpräsident dieser Verfassungsänderung bei, wenn er nicht einmal anwesend ist?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Er ist dafür! Das wissen Sie doch!)

Anscheinend ist sie für ihn doch nicht so wichtig, wie er das in seiner Regierungserklärung behauptet hat. Meine Damen und Herren, daher müssen wir das Ganze wieder als ein äußerst populistisches Wahlkampfmanöver ansehen, das nur dazu dienen soll, Stimmen einzufangen. Was dann in zehn Jahren passiert, ist eine andere Sache. Wahrscheinlich ist die Halbwertszeit dieses Ministerpräsidenten wesentlich geringer als diese zehn Jahre.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Ihr redet euch was ein!)